



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Positive Zahlen aus dem Remchinger Forst brachte Försterin Sarah Zwerenz zur Remchinger Ratssitzung: Das Forstjahr 2025 schloss mit einem positiven Ergebnis von 122.000 Euro ab, was insbesondere an sehr guten Holzpreisen, einem Förderprogramm und Verrechnungen aus dem Vorjahr lag. Zu den größten Anschaffungen gehörte die Pflanzung von etwa 3.000 Bäumen samt Wildschutz. Außerdem hat die Gemeinde mittlerweile Motorsägen beschafft – bisher hatten die Forstarbeiter diese gegen eine Entschädigung mitgebracht. Künftig sei noch ein Frontlader für den Schlepper wünschenswert, erfuhr Andreas Beier (SPD) auf Nachfrage.

FCN-Zuschuss beschlossen

Was bei der Sitzung im April zu einer heftigen Auseinandersetzung geführt hat und die Bürgermeisterin sogar ein Hausverbot erwägen ließ, ging nun flugs über die Bühne: Der Rat genehmigte dem FC Nöttingen einen Zuschuss zur Erneuerung des Kunstrasens in Höhe von rund 75.000 Euro. Dies beträgt 20 Prozent der Investitionssumme.

Der Verein hatte seither nochmal eine Handvoll Mitglieder akquirieren können und erfüllt nun mit exakt 50,63 Prozent Remchinger Mitgliedern die Voraussetzungen der Vereinsförderlinien – anders als noch im April. Bürgermeister-Stellvertreter Kurt Ebel (CDU), der die Sitzung leitete, verwies darauf, dass das Gremium seit langem die Richtlinien überarbeiten wolle. Dabei bemerkte Klaus Fingerhut (Grüne), dass sich inhaltlich wenig ändern werde, sondern die Änderungen eher die Form und Aufbereitung der Anträge betreffe. Außerdem genehmigte der Rat einstimmig einen Zuschuss für den FC Germania Singen zur Sanierung der Kabinen und Duschen über 17.000 Euro sowie zur WC-Sanierung und Anschaffung eines Toilettenwagens über 11.000 Euro.

Einstimmig genehmigte der Rat zudem ein neues mit den Schulen abgestimmtes Konzept zur Schulkindbetreuung. Dieses berücksichtigt die Qualitätsanforderungen des baden-

württembergischen Leitbilds zur ganztägigen Bildung und Betreuung – etwa durch regelmäßige Fortbildungsangebote für die kommunalen Betreuungskräfte.

Gemeinderat lehnt Ganztagsschule für das Schuljahr 2027/2028 ab

In Remchingen wird es vorerst keine Ganztags-Grundschule geben: Mit zwölf Gegenstimmen bei sieben Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen sprach sich der Gemeinderat dagegen aus, dass die Verwaltung einen Antrag auf Einrichtung in Wahlform ab dem Schuljahr 2027/2028 einreicht. Trotz Vorberatungen vermissten viele Räte noch immer Informationen, insbesondere über finanzielle Auswirkungen. Ein Antrag müsste jedoch bis Oktober gestellt und im Vorfeld umfangreich ausgearbeitet werden – daher wäre die Maisitzung die letzte Chance für 2027, erklärte Amtsleiterin Britta Hoffmann vor der Abstimmung. Da in Singen wie berichtet die Werkrealschule ausläuft und dabei Räume ebenso wie personelle Kapazitäten frei werden, hatte Schulleiterin Elisabeth Roser im vergangenen Jahr ein Konzept vorgelegt und angeregt, die Gunst der Stunde zu nutzen. Eine Umfrage der Gemeindeverwaltung hatte das Interesse von 21 Erstklässlern aus ganz Remchingen ab Herbst 2027 sowie 18 im Folgejahr ergeben. Damit könnte die Schule neben der Halbtagsbeschulung eine Ganztagsklasse mit beispielsweise drei verbindlichen Unterrichtsnachmittagen und kommunalen Betreuungsangeboten an den anderen Tagen anbieten. Den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erfüllt Remchingen wie berichtet an allen drei Grundschulen ohnehin durch die kommunalen Angebote, die weiterbestehen würden.

Während sich insbesondere die Grünen- und die SPD-Fraktion für ein rasches Angebot der Ganztageesschule einsetzten, las Timo Grund (FWV) aus der unverbindlichen Umfrage keinen großen Bedarf. Felix Casper (CDU) erwartete Mindereinnahmen bei der kommunalen Betreuung. Aufgrund mangelnder Informationen stellte Martin Rothweiler (FWV) einen Antrag auf Vertagung, den die anderen Fraktionen jedoch ablehnten. Während Tomislav Glavaš (SPD) für eine ideologiefreie Entscheidung appellierte, stellte Gabriele Ulrich (Grüne) heraus: „Wir sollten den Blick auf die Kinder richten und ihnen diese Chance geben, anstatt sie zu vertun.“ „Wir können wenig falsch machen, aber ein neues Modell für die Eltern und Kinder dazugewinnen“, erklärte Klaus Fingerhut (Grüne) mit Blick auf laut Sitzungsvorlage 50.000 bis 80.000 Euro Umnutzungskosten. Hinzu kommen ohnehin anfallende hohe Sanierungskosten der Bergschule. „Aktuell haben wir einen großen Pool an Lehrkräften, die auch bereit sind für den Nachmittagsunterricht. Wie das in zwei oder drei Jahren ist, kann ich nicht sagen“, erklärte Schulleiterin Elisabeth Roser aus dem Auditorium auf Fingerhuts Frage, ob die Entscheidung wirklich beliebig aufschiebbar sei. Man dürfe den Rat nicht unter Druck setzen, erklärte Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) und Christian Roser (CDU) befand: „Ich fühle mich massivst in eine Entscheidungsecke gedrängt.“ Er halte es hier mit Adenauer,

unterstrich Martin Gegenheimer (CDU): „Keine Experimente – erst recht nicht, wenn es um Kinder geht.“

Doch kein Umbau für Remchinger Heim notwendig?

Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) bemerkte bei der Ratssitzung, dass die Einzelzimmerregelung für das Remchinger Altenpflegeheim wegfallen werde. Unter anderem der von ihm nicht direkt genannte neue baden-württembergische Koalitionsvertrag will für die vor 2009 gebauten Einrichtungen einen Bestandsschutz vorsehen und weitere Erleichterungen prüfen. Wenn das Heim keine Doppel- zu Einzelzimmer umbauen müsse und die Bettenzahl halten könne, könne man es auch wirtschaftlich betreiben und spare sich einen millionenschweren Umbau, folgerte Rothweiler. Außerdem habe der Verein Diakonische Altenhilfe Remchingen angeboten, die Kosten für die Küchensanierung zu übernehmen: „Damit können wir die Diskussionen um eine andere Trägerschaft oder einen Verkauf ad acta legen.“ Wie berichtet kochen diese Diskussionen in den vergangenen Wochen immer wieder auf, ohne dass der Gemeinderat öffentlich darüber beraten hatte. Bauamtsleiter Markus Becker verwies darauf, dass es zwar jüngst Gespräche mit der Heimaufsicht über die Zimmerregelung gegeben habe, aber noch nichts schriftlich und offiziell sei. Christian Roser (CDU) erklärte, dass eine Entscheidung nicht vorschnell getroffen werden könne: „Den Punkt nehmen wir auf die Tagesordnung, wenn es soweit ist.“

Sein Fraktionskollege Alexander Schwenk erfuhr von Becker, dass die Reparatur der losen Pflastersteine um den Wilferdinger Wetteplatz mit einem vorgezogenen Glasfaserausbau in diesem Bereich kombiniert werden soll. Derzeit warte die Gemeinde auf ein Angebot. Auf Nachfrage von Ute Praefcke (Bürgerliste) erklärte Becker, dass die Sanierung der Turnhalle und des Hallenbads in Singen im Zeitplan seien – diese Woche werde das Becken auf Dichtigkeit geprüft. Die Wiedereröffnung ist noch in diesem Jahr geplant. Bürgermeister-Stellvertreter Kurt Ebel (CDU) informierte, dass Mitte oder Ende Juni die aufwändige Sanierung der Stützmauer des Nöttinger Friedhofs beginnen soll. Wie berichtet gehört die Mauer dem Land und der Gemeinde gemeinsam. Das Gremium hatte im September beschlossen, dass die Gemeinde rund ein Drittel der Gesamtkosten von knapp 460.000 Euro tragen wird. Die Arbeiten gehen mit einer abschnittsweisen einseitigen Straßensperrung einher.

Ebel verlas außerdem eine Mitteilung des Kommunalberaters und Interims-Kämmerers Thomas Berninger, wonach dieser aufgrund der regionalisierten Steuerschätzung für Baden-Württemberg im Haushalt 2026 mit Mindereinnahmen im Steuerbereich von rund 123.000 Euro rechnet. Nähere Informationen wolle er demnächst beim Finanzzwischenbericht geben.

Julian Zachmann